

«Die UBS scheint einiges zu vergessen»

FINANZPLATZ Der Bund will die Vorschriften für Banken verschärfen. Das verärgert die Finanzinstitute. FDP-Nationalrat Philipp Müller kontert nun.

INTERVIEW BALZ BRUPPACHER
balz.bruppacher@luzernerzeitung.ch

Philipp Müller*, die UBS ist nicht zufrieden mit der Too-big-to-fail-Vorlage und hat gar gedroht, gewisse Geschäftsfelder ins Ausland zu verlagern. Was sagen Sie dazu?

Philipp Müller: Die UBS scheint vergessen zu haben, warum wir eine solche Vorlage auf dem Tisch haben. Es waren die Aktivitäten der UBS in den USA, die die Politik zum Handeln zwingen. Wir müssen dafür sorgen, dass eine Situation nicht mehr eintreten kann, in der die selbst verursachten Probleme einer Bank die ganze schweizerische Volkswirtschaft in Gefahr bringen.

Wie beurteilen Sie die Forderung der UBS, bei den Eigenmittelanforderungen vorerst hinter den Kompromiss der Expertenkommission zurückzugehen und nur 13 statt 19 Prozent zu verlangen?

Müller: Es fällt auf, dass die UBS offensichtlich mehr Mühe hat als die Credit Suisse, den Kompromiss der Expertenkommission zu akzeptieren. Das gilt auch für die so genannten CoCos, also jene bedingten Pflichtwandelanleihen, die beim Unterschreiten des Eigenkapitals unter einen bestimmten Schwellenwert in Aktienkapital umgewandelt werden. Ausserdem muss man sich den Zeithorizont vor Augen halten. Die Grossbanken haben gestafelt bis Ende 2018 Zeit, um die neuen Eigenmittelanforderungen zu erfüllen. Ich habe kein Verständnis dafür, dass man schon wieder zurücktreibt.

Was sagen Sie zum Argument, dass das neue Regime bei der Regulierung die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Grossbanken beeinträchtigt?

Müller: Es ist der Job von UBS-Präsident Völliger und von Konzernchef Grübel, sich für regulatorische Bedingungen einzusetzen, die der Bank im Konkurrenzkampf eine möglichst gute Ausgangslage verschaffen. Unsere Aufgabe ist es, sicherzustellen, dass von den Grossbanken keine existenzielle Bedrohung der schweizerischen Volkswirtschaft mehr ausgeht. Es geht hier um eine Güterabwägung. Für mich ist das Resultat klar: Es wäre unsinnig, die internationale Wettbewerbsfähigkeit höher zu gewichten als die System-sicherheit im Interesse der gesamten schweizerischen Wirtschaft.



«Es wäre unsinnig, die Wettbewerbsfähigkeit höher zu gewichten als die System-sicherheit.»

PHILIPP MÜLLER

Die UBS droht damit, ihr Geschäft mindestens teilweise ins Ausland zu verlagern. Wäre das nicht auch schädlich für die Volkswirtschaft?

Müller: Diese Drohungen sind nicht neu; wir sind sie mittlerweile gewohnt und entsprechend abgestumpft. Die gleichen Leute, die immer wieder vor zu strengen Vorschriften in der Schweiz warnen, bringen unterdessen in London das gleiche Argument auch für den dortigen Finanzplatz vor. Aber auch dort sind sie abgeblitzt. Wohin soll denn die Reise gehen? Etwa in die USA oder nach Südostasien? Daran glaube ich nicht. Gerade in der jetzigen Krisenzeit sehen wir, wie stark die Magnetwirkung der Marke Schweiz für die Kapitalströme nach wie vor ist. Und nochmals: Warum haben wir diese Vorlage auf dem Tisch? Weil eine Schweizer Gross-

bank nur mit staatlicher Hilfe überleben konnte, womit eine akute Gefährdung für die gesamte Volkswirtschaft abgewendet werden konnte. Es wäre fahrlässig, nicht zu handeln, nur weil andere Finanzplätze ihre Regeln nicht oder noch nicht verschärft haben.

Wie wirkt sich das Lobbying der UBS aus? Kippen die bürgerlichen Parteien?

Müller: Das fragen mich die Journalisten nun schon seit Wochen. Aber wir sind nicht umgefallen. Die FDP und auch die CVP haben sich in der Vernehmlassung klar für die vollständige Umsetzung der Vorlage ausgesprochen. Wir kritisieren einzig jene Teile, bei denen der Entwurf des Bundesrats von der Vorlage der Expertengruppe Siegenthaler abweicht. Diese Vorlage war von den Mitgliedern der Expertengruppe nach einem harten Ringen einstimmig und ohne Enthaltungen verabschiedet worden, also auch von den Vertretern der beiden Grossbanken. Nun erwarte ich, dass man Wort hält und dass sich niemand aus dem Kompromiss verabschiedet.

Sie und die CVP sowie der Branchen- und der Wirtschaftsdachverband stellen aber auch den Zeitplan des Bundesrats in Frage. Ist das nicht ein Spielen auf Zeit und eine Salami-taktik, um der Vorlage die Zähne zu ziehen?

Müller: Das Zeitfenster für die Lösung des Problems bleibt sicher nicht unbegrenzt offen. Der vom Bundesrat festgelegte Zeitplan, die Vorlage bis und mit Herbstsession durch beide Kammern des Parlaments zu bringen, ist aber sehr, sehr eng. Denken Sie nur schon an die Arbeit in den Parlamentskommissionen mit Expertenhearings. Es geht uns nicht ums Bremsen oder sogar ums Ausbremsen. Wir wollen seriös und fundiert arbeiten, das hat eine hohe Priorität.

HINWEIS

► * Philipp Müller ist FDP-Nationalrat aus dem Aargau. ◀

Trotz viel Kritik: Der Bund hält am Zeitplan fest

BERN bb. Es war von Anfang an klar: Ein Spaziergang wird die Gesetzgebung zur Entschärfung des Klumpenrisikos der Grossbanken nicht. Inzwischen werden die Hürden da und dort als unüberwindbar eingestuft. Noch spricht aber einiges dafür, dass die Politik sich zusammenrauft.

Nur die SVP schert völlig aus

Von den grossen Parteien hat sich einzig die SVP aus dem Kompromiss der Expertengruppe Siegenthaler verabschiedet. Sie will bei der Organisationsstruktur der Grossbanken ansetzen und nicht bei den Eigenmitteln. FDP und CVP bekennen sich ausdrücklich zum Expertenvorschlag, der in seinen Ansätzen auch von der SP gelobt wird. Zwar verlangt die SP massiv höhere Eigenmittelvorschriften. Sie gab bei der Präsentation ihrer Stellungnahme aber auch eine gewisse Flexibilität zu erkennen. Das Szenario einer unheiligen Allianz von SVP und SP, die die Vorlage zu Fall bringt, scheint mit anderen Worten wenig wahrscheinlich. FDP und CVP monieren im Einklang mit der Bankiervereinigung und dem Wirtschaftsdachverband Economiesuisse über die Vorschläge der Experten hinausgehe. Auch wenn diese Interpretation umstritten ist, scheint klar, dass nur eine eng auf den Expertenentwurf beschränkte Lösung politisch tragfähig sein wird.

Bericht zu den Folgen folgt

Ein solches Zurück zu den Ursprüngen kann mit geschlossener Unterstützung der Mitteparteien rechnen. Auch das Wahljahr muss kein Nachteil für die Too-big-to-fail-Vorlage sein. Denn bei der Wählerschaft wird mit Widerstand oder allzu durchsichtiger Verzögerungstaktik kaum zu punkten sein. Der Plan des Bundesrats, die Vorlage noch

vor den Oktoberwahlen durchs Parlament zu bringen, ist unter diesem Blickwinkel nicht abwegig. Trotz vorwiegend kritischem Echo hält man im Finanzdepartement am Zeitplan vorläufig fest. Er sieht vor, dass die Botschaft ans Parlament am 20. April verabschiedet wird. Dann will der Bundesrat einen separaten Bericht über die volkswirtschaftlichen Auswirkungen des neuen Grossbankenregimes vorlegen. Das Parlament soll also in Kenntnis möglicher Folgen für Zinsen und Kreditvergabe entscheiden können.

Bleibt die Frage, ob sich die Politiker durch das Lobbying der Grossbanken beeinflussen lassen – allen voran jener der UBS, die mit dem Abzug von Geschäftsteilen droht. Reaktionen wie jene von FDP-Nationalrat Philipp Müller (siehe Interview) deuten darauf hin, dass der Schuss auch hinten rausgehen könnte.